



TECHNISCHE UNIVERSITÄT  
KAISERSLAUTERN



# CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der  
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 29, No. 11-12/2014

**abgeschlossen am  
17. Dezember 2014**

	<u>Seite</u>
<b>1. Obama revidiert Aufenthaltsrecht durch Verwaltungsrichtlinien</b>	<b>1</b>
<b>2. Streit um Haushaltsbewilligung 2015 beigelegt</b>	<b>3</b>
<b>3. Auswärtiger Ausschuss des Senats stimmt für Ermächtigung der Luftschläge gegen IS-Verbände</b>	<b>5</b>
<b>4. Präsident Obama nominiert Ashton Carter als Nachfolger von Chuck Hagel für das Amt des Verteidigungsministers</b>	<b>6</b>
<b>5. Präsident Obama nominiert Loretta Lynch als Nachfolgerin von Justizminister Holder</b>	<b>7</b>
<b>6. Geheimdienstausschuss des Senats veröffentlicht Untersuchungsergebnisse zu Folterpraktiken der CIA</b>	<b>8</b>
<b>7. Republikaner bauen Mehrheit im Repräsentantenhaus aus</b>	<b>13</b>
<b>8. Republikaner gewinnen klare Mehrheit in Senatswahlen</b>	<b>14</b>
<b>9. Republikaner glänzen in Gouverneurswahlen</b>	<b>16</b>
<b>10. Fraktionen beider Parteien bestätigen Führungsspitzen</b>	<b>17</b>



## 1. Obama revidiert Aufenthaltsrecht durch Verwaltungsrichtlinien

Präsident Barack Obama hat am 20. November seine bereits seit mehreren Monaten angekündigte Revision der Verwaltungsrichtlinien zum Aufenthaltsrecht vorgestellt. Die Neugestaltung der Praktiken der Einwanderungsbehörde im Umgang mit Migranten ohne gültige Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen war von der Administration mit Blick auf die Kongresswahlen von Anfang November wiederholt verzögert worden (siehe Congress Report, 29, 2014, Heft 8-10, S. 6).

Der Präsident Obama begründete seine Maßnahmen über den Weg einer *Executive Order* mit der Blockade der Reform des Einwanderungsrechts durch den Kongress. Obama berief sich dabei auf seine verfassungsmäßigen Kompetenzen als Chief Executive und verwies auf zahlreiche Präzedenzfälle, vor allem unter den Präsidenten Ronald Reagan (1981-89) und George H. W. Bush (1989-93).

Die republikanische Opposition, unbeeindruckt von den historischen Präzedenzfällen, kritisierte das Vorgehen Präsident Obamas scharf und drohte mit einer breiten Palette von möglichen Gegenmaßnahmen. Allerdings will sich die Führung der republikanischen Fraktionen im Kongress um *Speaker* John Boehner (Ohio) und den designierten *Majority Leader* Mitch McConnell (Kentucky) im Senat (siehe Punkt 10) mit ihrer Reaktion Zeit lassen.

Obwohl die vorgesehenen Veränderungen in der Umsetzung des Einwanderungsrechts in der potenziellen Reichweite perspektivisch groß angelegt sind, sind sie im Kern auf eine eng umrissene Gruppe von Personen ausgelegt. Insbesondere sollen

- Eltern einen Sonderstatus erhalten, deren Kinder in den USA geboren sind oder deren Kinder als so genannte „*Dreamers*“ als Minderjährige in die USA gelangt sind (und die bereits unter dem DACA-Programm von 2012 (*Deferred Action for Childhood Arrivals*) ein Aufenthaltsrecht haben).

Dieser Personengruppe wird bei Registrierung für mindestens 3 Jahre eine Nicht-Deportations-Garantie sowie eine befristete Arbeitsgenehmigung zugesichert. Voraussetzung ist allerdings der Aufenthalt in den USA seit 2010 und ein einwandfreies polizeiliches Führungszeugnis.

Zudem will die Administration das DACA-Programm durch eine Verlängerung der Alters- und Aufenthaltsfristen in geringem Umfang ausweiten.

Zusammen genommen könnten knapp 5 Millionen Migranten in den Genuss der Erleichterungen kommen. Allerdings bleibt offen, wie viele der Betroffenen das Angebot tatsächlich wahrnehmen werden.

Darüber hinaus soll die Visa-Gewährung für qualifizierte Migranten durch technische Anpassungen um etwa 100.000 bis 200.000 Personen erhöht werden.

Insgesamt können etwas weniger als die Hälfte der schätzungsweise 11 Millionen Ausländer ohne gültige Aufenthaltserlaubnis mit Verbesserungen rechnen.

Ausgenommen von der Neufassung der Richtlinien bleiben dagegen hoch qualifizierte Arbeitskräfte unter dem H-1B Visa-Programm sowie Saison-Arbeiter in der Landwirtschaft. Vor allem die großen Wirtschaftsverbände hatten auf Änderungen in diesen Bereichen gedrängt.

Obwohl aus inoffiziellen Quellen der Administration bekannt geworden ist, dass Präsident Obama selbst sehr unzufrieden mit der Verzögerung der Anordnungen war, hat das Timing der Bekanntgabe die republikanische Opposition kalt erwischt.

Nach dem klaren Sieg in den Kongresswahlen Anfang November (siehe Punkt 7 und 8) haben sich die Spitzen der republikanischen Fraktionen sehr konzilient und kooperationsbereit gezeigt. Angesichts der weit verbreiteten Politikverdrossenheit wollten die republikanischen Parteiführer den Eindruck vermeiden, sie würden ihre neue Stärke zur Vertiefung der parteipolitischen Gräben nutzen.

Stattdessen gelobten *Speaker* Boehner und Senator McConnell eine ergebnisorientierte Zusammenarbeit mit Präsident Obama. Der Ankündigung der neuen *Executive Order* Obamas begegnete Speaker Boehner zwar mit der Warnung, jede größer angelegte Aktion käme einer „politischen Brunnenvergiftung“ gleich. Doch zum einen versicherten Boehner und McConnell, dass sie auf drastische Reaktionen wie die Verweigerung eines Budget-Kompromisses oder sogar eines Amtsenthebungs-Verfahrens (*Impeachment*) gegen den Präsidenten in jedem Fall verzichten werden. Zum anderen vertagten sie mögliche Gegenmaßnahmen, gleich ob auf dem Wege der Gesetzgebung oder einer Klage vor den Bundesgerichten, auf die 114. Legislaturperiode des Kongresses.

Die Vertagung der Auseinandersetzung entzieht dem Konflikt nicht nur politisch die Luft, sondern impliziert auch, dass die Revision zunächst akzeptiert und über das Budget mitgetragen wird.

Entsprechend erzürnt reagierte der rechte Flügel der Republikanischen Partei und die *Tea Party*-Bewegung auf die weiche Oppositionslinie der gerade erst bestätigten Fraktions-Führungen von Repräsentantenhaus und Senat.

Die Senatoren Ted Cruz (R-Texas) und Mike Lee (R-Utah) versuchten, die anstehende Fortschreibung des Bundeshaushaltes und die Mittelbewilligung für die einzelnen Budgetbereiche für einen Showdown über die Änderung der Verwaltungsrichtlinien zu nutzen (vgl. Punkt 2).

Im Plenum des Senats erhob Senator Cruz einen *Point of Order*, einen Einspruch gegen die zur Abstimmung anstehende Haushaltsvorlage, weil sie die Umsetzung der kontroversen *Executive Order* Obamas finanziert.

Cruz spitzte die Aufrechterhaltung seines Einspruchs mit dem Argument zu, dass die Senatoren, die glaubten, Obama verletze mit seinem Vorgehen die Verfassung, für den Einspruch stimmen sollten. Eine Zurückweisung des Einspruchs sei gleichbedeutend mit der Aussage, Obamas Aktion sei verfassungskonform.

Für Cruz Einspruch stimmten nur 22 Senatsmitglieder, eine überparteiliche Mehrheit von 74 Senatoren wies den Einspruch zurück.

Damit ist die Kontroverse um Präsident Obamas einseitiges Vorgehen in der Reform des Einwanderungsrechts noch keineswegs beendet. Aber Cruz vernichtende Niederlage zeigt, wie schwer es für die republikanischen Mehrheiten im Kongress im kommenden Jahr im Tauziehen mit der Obama-Administration sein wird, Boden zu gewinnen.

Während im rechten Teil des politischen Spektrums die Wogen hoch schlagen, hat die breite Öffentlichkeit das Vorgehen des Präsidenten mit einem generellen Achselzucken quittiert. Obwohl sich eine Mehrheit auch von Präsident Obama wünscht, dass er mit dem Kongress konstruktiv zusammenarbeitet, ist seine Aktion inhaltlich kaum umstritten.

## **2. Streit um Haushaltsbewilligung 2015 beigelegt**

Repräsentantenhaus und Senat haben sich kurz vor dem Auslaufen des Überbrückungshaushalts für das Haushaltsjahr 2015 (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 8-10, S. 1), das rechnungstechnisch am 1. September 2014 begonnen hat, auf eine Sammelbewilligung (*Consolidated and Further Continuing Appropriations Act 2015*) geeinigt. In ihr ist die Haushaltsbewilligung im Bereich des „Discretionary Spending“ bis zum rechnungstechnischen Ende des laufenden Haushaltsjahres 2015 am 30. September 2015 zusammengefasst.

Unter das so genannte „Discretionary Spending“ fallen im amerikanischen Bundeshaushalt, der vom Kongress jährlich bewilligt werden muss, jene Ausgaben, über welche die Legislative ohne Verbindung frei entscheiden kann. Ihnen stehen die so genannten *Entitlements* gegenüber, als Vorfestlegungen in Bereichen wie *Medicare*, *Medicaid* und *Social Security*, beziehungsweise Schuldentilgung, die etwa Zweidrittel des amerikanischen Bundeshaushaltes ausmachen.

Die Entscheidung fiel im Repräsentantenhaus am 11. Dezember 2014 mit 219:206 Stimmen, wobei 57 Mitglieder der demokratischen Minderheitsfraktion 162 Republikanern unter Führung von *Speaker* John Boehner (R-Ohio), *Majority Leader* Kevin McCarthy (R-California) und *Majority Whip* Steve Scalise (R-Louisiana) folgten.

Der Senat verabschiedete den *Consolidated and Further Continuing Appropriations Act 2015* in der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember mit 56:40 Stimmen, so dass im Gegensatz zum Vorjahr, als im Oktober 2013 alle nicht sicherheitsrelevanten Behörden auf Grund eines eskalierenden Haushaltsstreits für mehr als zwei Wochen geschlossen werden mussten (vgl. Congress Report, 28, 2013, Heft 10-12, S. 1), eine Schließung von Bundesbehörden vermieden werden konnte.

Die Sammelbewilligung hat einen Umfang von 1,1 Billionen USD und erstreckt sich auf die Haushaltstitel für *Agriculture, Commerce/Justice/Science, Defense, Energy/Water, Financial Services, Homeland Security, Interior/Environment, Labor, Health and Human Services/Education, Legislative Branch, Military Construction/Veterans Affairs, State/Foreign Operations* sowie *Transportation/Housing and Urban Development*.

Kritik an der Sammelbewilligung gab es vor allem aus den Reihen der demokratischen Minderheitsfraktion im Repräsentantenhaus um *Minority Leader Nancy Pelosi* (D-California), die ihrer Fraktion empfohlen hatte die Vorlage zum *Consolidated and Further Continuing Appropriations Act* abzulehnen.

Pelosi störte sich an einem Gesetzeszusatz zur Finanzindustrie, die erst in allerletzter Minute und auf Drängen der größten Banken der *Wall Street* in die Vorlage eingefügt worden war. Er revidiert Abschnitt 716 des Dodd-Frank *Financial Reform Act* aus dem Jahr 2010, der Banken dazu verpflichtet ihren riskanten Derivatehandel in eigenständige Geschäftsbereiche auszugliedern, der nicht mehr durch staatliche Kreditgarantien abgesichert ist. Großbanken wie *Citigroup* und *J.P. Morgan* machten gegen diese Entscheidung mobil, was insbesondere liberale Demokraten, aber auch republikanische Sympathisanten der *Tea Party*-Bewegung im Repräsentantenhaus, die sich von der Finanzindustrie im Zuge der Verhandlungen um die Sammelbewilligung erpresst fühlten, auf die Barrikaden brachte.

Nach Intervention von Präsident Barack Obama und Vizepräsident Joe Biden, die einen neuerlichen lang anhaltenden Haushaltsstreit und einen *Government Shutdown* wie im Oktober 2013 befürchteten, wendeten sich schließlich Dutzende von Mitgliedern der demokratischen Minderheitsfraktion im Repräsentantenhaus von *Minority Leader Pelosi* ab und stimmten für die Sammelbewilligung, obwohl sie den kontroversen Zusatz zur Revision des Dodd-Frank *Financial Reform Act* enthält. Dazu gehörten auch die Nummer zwei in der Fraktionshierarchie, *Minority Whip Steny Hoyer* (D-Maryland) und *Nita Lowey* (D-New York), *Ranking Minority Member* im Bewilligungsausschuss des Repräsentantenhauses.

Im Senat ordnete die Vorsitzende des Bewilligungsausschusses, die Demokratin *Barbara Mikulski* (D-Maryland), die Bedeutung des *Consolidated and Further Continuing Appropriations Act 2015* wie folgt ein: „This agreement means no government shutdown and no government on autopilot. In today’s era of slamdown, we were able to set



aside our differences. Working across the aisle and across the dome, we created compromise without capitulation. The American people deserve progress, not conflict.“

### **3. Auswärtiger Ausschuss des Senats stimmt für Ermächtigung der Luftschläge gegen IS-Verbände**

Im Senat hat sich das *Foreign Relations Committee* am 11. Dezember 2014 für eine Ermächtigung der Luftschläge gegen Verbände der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) ausgesprochen, die Präsident Barack Obama am 23./24. September in einer Koalition mit Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Jordanien und Katar begonnen hatte (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 8-10, S. 3 ff.).

Die Vorlage („Authorization for Use of Force against ISIL“) wurde mit 10:8 Stimmen verabschiedet, wobei die demokratische Mehrheit im Ausschuss geschlossen für und die republikanische Minderheit geschlossen gegen die Vorlage stimmte.

Sie

- würde Präsident Obama mit einer Kriegsermächtigung gegen die Verbände des IS für einen Zeitraum von drei Jahren ausstatten und den Einsatz von amerikanischen Bodentruppen auf klar umgrenzte Umstände („Defined Circumstances“) beschränken;
- die Exekutive zur Vorlage eines Strategieberichts im Kampf gegen IS 60 Tage nach Inkrafttreten der Ermächtigungsresolution verpflichten;
- die Authorization for Use of Military Force, AUMF, (Public Law 107-40) aus dem Jahr 2001 nach drei Jahren mit einer Sunset Clause versehen, die vom Kongress dann nur in einem gesonderten Votum verlängert werden könnte.

Präsident Obama hatte den Luftkrieg gegen Stellungen des IS in Syrien ohne vorherige Kriegsermächtigung durch den Kongress mit Verweis auf die AUMF begründet.

Die AMUF war vom Kongress am 14. September 2001, also 72 Stunden nach den Terrorangriffen des 11. September 2001, verabschiedet worden (vgl. Congress Report, 16, 2001, Heft 9, S. 1). Der damalige Präsident George W. Bush hatte ihr am 18. September mit seiner Unterschrift Gesetzeskraft verliehen. Sie räumt dem amerikanischen Präsidenten Blankovollmachten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ein. Wörtlich heißt es in Abschnitt 2 (a) des Gesetzes: „The President is authorized to use all necessary and appropriate force against those nations, organizations, or persons he determines planned, authorized, committed, or aided the terrorist attacks that occurred on September 11, 2001, or harbored such organizations or persons, in order to prevent any future acts of international terrorism against the United States by such nations, organizations or persons.“



Der Vorsitzende des Senate Foreign Relations Committee, Robert Menendez (D-New Jersey), begründete das Votum seines Ausschusses damit, dass der Kongress die „politischen und militärischen Ziele“ der Operation und den „Zeithorizont“ verstehen müsse. „I know some may see this as limiting, but, at the end of the day“, so Menendez, „Americans will not be supportive of an authorization of an endless war.“ Auch meldete der Ausschussvorsitzende Kritik an der AUMF aus dem Jahr 2001 an, auf deren Basis die USA bereits 13 Jahre Krieg führten. „We are the check and the balance on executive power and – if we abandon that role – then we will have done a grave disservice to the American people“, so Menendez.

In den USA liegt die Kriegserklärung qua Verfassung bei der Legislative, ein Recht, dass der Kongress im so genannten Kriegsvollmachtengesetz im Jahr 1973 („War Powers Resolution“, *Public Law 93-148*) noch einmal ausdrücklich unterstrichen hatte.

Der Entscheidung des *Senate Foreign Relations Committee* war eine überparteiliche Initiative des Demokraten Tim Kaine (Virginia) und des Republikaners Rand Paul (Kentucky) vorausgegangen, die fast drei Monate nach Beginn des Luftkrieges gegen den IS und mehr als 1.100 Luftschlägen auf eine formale Kriegsermächtigung durch die Legislative im Rahmen ihrer Kriegsvollmachten drängten. Kaine und Paul führten verfassungsrechtliche Überlegungen an und warnten vor der Gefahr einer Eskalation des Luftkrieges in eine Bodenoffensive, der sie einen Riegel verschieben möchten.

Nach dem Wahlsieg der Republikaner in den *Midterm Elections* (vgl. Punkt 8) kündigte der designierte Vorsitzende des *Senate Foreign Relations Committee*, der Republikaner Bob Corker (Tennessee), an, dass er zu Beginn der neuen Legislaturperiode im Januar/Februar 2015 weitere Anhörungen zum Thema durchführen will.

#### **4. Präsident Obama nominiert Ashton Carter als Nachfolger von Chuck Hagel für das Amt des Verteidigungsministers**

Nach dem am 24. November 2014 angekündigten Rücktritt von Verteidigungsminister Chuck Hagel hat Präsident Obama Ashton Carter als dessen Nachfolger nominiert.

Ashton Carter hat in theoretischer Physik promoviert und war Professor für „International and Global Affairs“ an der *John F. Kennedy School* der *Harvard University* und hat sehr genaue Kenntnisse des Verteidigungsministeriums, wo er zwischen 2009 und 2011 als *Under Secretary of Defense for Acquisition, Technology and Logistics* and dann von 2011 bis 2013 als *Deputy Secretary of Defense* arbeitete.

Der 60jährige Carter muss vom Senat gemäß amerikanischer Verfassung mit einfacher Mehrheit bestätigt werden, wo ab Januar 2015 die Republikaner die Mehrheit haben werden (vgl. Punkt 8). Carter gilt als durchsetzungsstarker Technokrat, der im Gegen-

satz zu Chuck Hagel nicht in den amerikanischen Streitkräften gedient hat und über keine Kriegserfahrung verfügt.

Hagel hatte als Feldwebel im Vietnam-Krieg gedient und vertrat den Bundesstaat Nebraska als Senator im Kongress. Sein Rücktritt wird in Verbindung mit einem exzessiven Mikromanagement seines Ministeriums durch das Weiße Haus gebracht, über das sich auch schon der frühere Direktor der CIA, Leon Panetta, in seinen kürzlich erschienenen Memoiren mit dem Titel „Worthy Fights“ umfänglich beklagt hatte.

## **5. Präsident Obama nominiert Loretta Lynch als Nachfolgerin von Justizminister Holder**

Präsident Barack Obama hat am 8. November 2014 überraschend Loretta Lynch, die Bundesstaatsanwältin des Ostbezirks von New York (U.S. Attorney for the Eastern District of New York) als Nachfolgerin des aus dem Amt scheidenden Attorney General, Justizminister Eric Holder, nominiert.

Die fünfundfünfzigjährige Loretta Elizabeth Lynch aus North Carolina hat ihre juristische Ausbildung an der *Harvard*-Universität abgeschlossen. Sie gilt als ebenso harte wie faire Staatsanwältin, die Erfahrung mit Fällen von Polizeibrutalität, politische Korruption, organisierter Kriminalität und Terrorismus hat.

Lynch gehört zudem seit längerem zum persönlichen Beraterkreis von Justizminister Eric Holder. Holder selbst hat, dem Vernehmen nach, Lynch als mögliche Nachfolgerin ins Gespräch gebracht.

In den früheren Nominierungen hat der Senat die Ernennung Lynchs mit großen überparteilichen Mehrheiten bestätigt. Die Anhörungen vor dem Justizausschuss des Senats verliefen unkontrovers.

Ungeachtet der hohen Reputation Lynchs ist in den Anhörungen für die Nachfolge des scheidenden Attorney General mit einer deutlich härteren Gangart zu rechnen.

Vor allem konservative Republikaner wollen die Gelegenheit nutzen, um ihre Kritik an Justizminister Holder und seiner Amtsführung herauszustreichen. Holder gilt den meisten Republikanern als allzu williger Gefolgsmann von Präsident Barack Obama (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 8-10, S. 14).

Die Anhörung Lynchs im Senat konnte aufgrund des engen Zeitrahmens und des Widerstands der republikanischen Fraktion nicht mehr in der laufenden Sitzungsperiode erfolgen. Im 114. Kongress stellen die Republikaner die Mehrheit im Senat (siehe Punkt 8) und stellen den Vorsitzenden des Justizausschusses.

Allerdings wird bisher nicht damit gerechnet, dass Loretta Lynch von den Republikanern abgelehnt wird. Im Fall ihrer Bestätigung durch den Senat würde Lynch zur ersten schwarzen Justizministerin der USA avancieren.

## **6. Geheimdienstausschuss des Senats veröffentlicht Untersuchungsbericht zu Folterpraktiken der CIA**

Der Geheimdienstausschuss des Senats (*Senate Select Committee on Intelligence*, SSCI) unter Leitung seiner Vorsitzenden, der Demokratin Dianne Feinstein (California), hat am 9. Dezember 2014 Teile seines Untersuchungsberichts zum geheimen Verhörprogramm der Central Intelligence Agency (CIA) von Terrorismusverdächtigen zwischen 2002 und 2009 veröffentlicht (vgl. auch Congress Report 29, 2014, Heft 1-3, S. 11 ff.; Congress Report, 2014, Heft 8-10, S. 10 ff.). Der Teilbericht trägt den Titel „Committee Study for the Central Intelligence Agency's Detention and Interrogation Program“.

Er umfasst 499 Seiten mit insgesamt 2725 Fußnotenbelegen und kann eingesehen werden unter <http://www.intelligence.senate.gov/study2014/sscistudy1.pdf>. Er wurde vom SSCI am 5. März 2009 initiiert und nach dreieinhalbjähriger Untersuchungsarbeit, bei der Mitarbeiter des Ausschusses 6,3 Millionen Seiten interner CIA-Dokumente sichten, 2012 abgeschlossen.

Die gesichteten Unterlagen beinhalten „intelligence assessments, CIA operational and intelligence cables, memoranda, emails, real-time chat sessions, inspector general reports, testimony before Congress, pictures and other internal records“, wobei das Justizministerium seine eigene Untersuchung der CIA-Aktivitäten nicht mit der des SSCI koordiniert hat und CIA-Mitarbeiter dem Ausschuss im Laufe der Untersuchung nicht für zusätzliche Interviews zur Verfügung standen.

Allerdings hätten Mitarbeiter des Geheimdienstes, so Senatorin Feinstein, „taken the opportunity to explain their views on CIA detention and interrogation operations. They have done this in on-the-record statements in classified Committee hearings, written testimony and answers to questions, and through the formal response to the Committee in June 2013 after reading the Study“, so dass an der Genauigkeit der Untersuchungsergebnisse kein Zweifel bestehe.

Das SSCI stimmte dem als „streng geheim“ eingestuften Untersuchungsbericht, der einen Umfang von über 6500 Seiten mit mehr als 37000 Fußnotenbelegen hat, am 13. Dezember 2012 mit 9:6 Stimmen zu.

Am 3. April 2014 sprach sich der Geheimdienstausschuss dann mit 11:3 Stimmen dafür aus, der Öffentlichkeit eine Zusammenfassung des Untersuchungsberichts zugäng-

lich zu machen, wobei die so genannten „Declassification Revisions“, nach Verständigung mit der Obama-Administration am 3. Dezember 2014 abgeschlossen wurden.

### Im Kern geht es im Untersuchungsbericht

- um den Umgang der CIA mit 119 Terrorismusverdächtigen, die in geheimen Einrichtungen in Ländern wie Polen, Rumänien, Litauen und Thailand verschärften Verhörmethoden, so genannten „Enhanced Interrogation Techniques“ (EIT), unterzogen wurden, ohne dass der Geheimdienstausschuss adäquat informiert worden war. Mehr noch: *Senate Intelligence Chairman* Dianne Feinstein wirft der CIA vor, den Kongress bewusst in die Irre geführt zu haben.

Die Untersuchungsergebnisse berührten, wie Feinstein es formuliert, grundlegende verfassungsrechtliche Fragen: „It's really about American values and morals. It's about the Constitution, the Bill of Rights, our rule of law“, so die Ausschussvorsitzende.

Im Einzelnen hält der Bericht des Geheimdienstausschusses unter anderem fest, dass

- der Einsatz von Folterpraktiken („Enhanced Interrogation Techniques“) kein effektives Mittel war, um Gefangene („Detainees“) zur Kooperation zu bewegen oder nachrichtendienstlich relevante Informationen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu erhalten.

- die Begründung der CIA für den Einsatz von EIT auf ungenauen Behauptungen über deren Effektivität beruhte. „In providing the 'effectiveness' examples to policymakers, the Department of Justice, and others, the CIA constantly omitted the relevant intelligence obtained from sources other than CIA detainees, who had been subjected to the CIA's enhanced interrogation techniques - leaving the false impression the CIA was acquiring *unique* information from the use of these techniques“, heißt es in dem Bericht (Hervorhebung durch die Redaktion).

- die Verhörpraktiken der CIA in den geheimen Einrichtungen wesentlich brutaler waren als dies gegenüber den politischen Entscheidungsträgern dargestellt wurde. In der Zusammenfassung des Berichts heißt es in diesem Zusammenhang: „At least five detainees were subjected to ‘rectal rehydration’ or rectal feeding without documented medical necessity. The CIA placed detainees in ice water ‘baths’. The CIA led several detainees to believe they would never be allowed to leave CIA custody alive, suggesting to one detainee that he would only leave in a coffin-shaped box. One interrogator told another detainee that he would never go to court, because ‘we can never let the world know what I have done to you’. CIA officers also threatened at least three detainees with harm to their families - to include threats to harm the children of a detainee...“.

- die CIA die Überwachung und Kontrolle des Verhörprogrammes durch den Kongress behinderte. So informierte die CIA den Geheimdienstausschuss des Senats beispiels-

weise am 18. April 2002 darüber, dass es keine Pläne gäbe, „to develop a detention facility“, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits ein geheimes Gefängnis an einem Ort außerhalb der USA eingerichtet worden war. Auch wurden Videoaufzeichnungen über Folteraktivitäten im Jahr 2005 von der CIA absichtlich vernichtet, worüber die *New York Times* bereits 2007 berichtete. Dem früheren CIA-Direktor Michael V. Hayden wird vorgeworfen in einer Anhörung am 12. April 2007 vor dem SSCI ungenaue Angaben über das Verhörprogramm gemacht zu haben.

- das Weißes Haus von der CIA nicht vollständig über die Verhörmethoden informiert wurde. Es ist von „instances“ die Rede, in denen „specific questions from White House officials were not answered truthfully or fully“. Außerdem wurde das Weiße Haus bis zum April 2006 nicht über „specific interrogation techniques“ informiert.
- das Office of Public Affairs der CIA versuchte Medienvertreter aktiv zu beeinflussen. So heißt es im Untersuchungsbericht: „The deputy director of the CIA's Counterterrorism Center wrote to a colleague in 2005, shortly before being interviewed by a media outlet, that we either get out and sell, or we get hammered, which has implications beyond the media. (C)ongress reads it, cuts our authorities, messes up our budget... We either put our story out or we get eaten. (T)here is no middle ground“.
- zwei externe Psychologen eine zentrale Rolle bei der Durchführung des CIA Detention and Interrogation Program spielten, die ab 2005 im Rahmen eines weitgehenden *Outsourcing* des Folterprogrammes insgesamt 81 Mio. USD vom Geheimdienst für ihre Tätigkeit erhielten.
- die CIA 2001/2002 vollkommen unvorbereitet auf die ihr von Präsident George W. Bush zugewiesenen Counterterrorism Authorities war, die der Geheimdienst im Rahmen eines *Covert Action Memorandum of Notification* am 17. September 2001 erhalten hatte. Zwar behauptete die CIA am 10. Mai 2005 in einem Memorandum, dass alle an EIT beteiligten CIA-Mitarbeiter sowohl vom medizinischen als auch psychologischen Standpunkt überprüft worden seien. Allerdings stellt der Geheimdienstausschuss in seinem Untersuchungsbericht fest: „CIA records indicate that CIA officers and contractors who conducted CIA interrogations in 2002 did not undergo any interrogation training. The first interrogator course did not begin until November 12, 2002, by which time at least 25 detainees had been taken into CIA custody. Numerous CIA interrogators and other CIA personal associated with the program had either suspected or documented personal and professional problems that raised questions about their judgment and CIA employment. This group of officers included individuals who, among other issues, had engaged in inappropriate detainee interrogations, had workplace anger management issues, and had reportedly admitted to sexual assault.“ (Hervorhebung durch die Redaktion)

Die Vorsitzende des *Senate Select Committee on Intelligence* Dianne Feinstein erklärte, dass sämtliche Mitglieder des für die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste zuständigen Ausschusses erst wenige Stunden vor eine Rede Präsident George W.



Bushs am 6. September 2006, in der das *Interrogation and Detention Program* vom Weißen Haus öffentlich gemacht wurde, über die Anwendung von *Enhanced Interrogation Techniques* informiert worden waren. Vorher waren nur der Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des SSCI ins Bild gesetzt worden. Dabei waren ungenau Angaben der CIA offenbar die Regel. Mit Blick auf die Informationspflicht des Geheimdienstes hält Senatorin Feinstein fest:

„The CIA provided inaccurate memoranda and explanations to the Department of Justice while its (Office of) Legal Counsel was considering the legality of the techniques. In those communications to the Department of Justice, the CIA claimed the following: the coercive techniques would not be used with excessive repetition; detainees would always have an opportunity to provide information prior to the use of the techniques; the techniques were to be used in progression, starting with the least aggressive and proceeding only if needed; medical personnel would make sure that interrogations wouldn't cause serious harm, and they could intervene at any time to stop interrogations; interrogators were carefully vetted and highly trained; and each technique was to be used in a specific way, without deviation, and only with specific approval for the interrogator and detainee involved. *None of these assurances, which the Department of Justice relied on to form its legal opinions, were consistently or even routinely carried out.*“ (Hervorhebung durch die Redaktion)

Dass es zu eklatanten Verstößen gegen das humanitäre Kriegsvölkerrecht gekommen war, hatte im Dezember 2008 bereits das Senate Armed Services Committee in einem Bericht mit dem Titel: „Senate Armed Services Committee Inquiry into Treatment of Detainees in U.S. Custody“ festgestellt (vgl. Congress Report, 23, 2008; Heft 11-12, S. 4 f.). Der Streitkräfteausschuss unterstrich schon damals, dass der Einsatz von brutalen Verhörmethoden nicht auf die Taten einzelner „bad apples“ reduziert werden dürfe, die außerhalb der Kommandokette gehandelt hätten. Vielmehr müsse von organisierten Folterpraktiken ausgegangen werden. So hätten in den Jahren 2002 und 2003 Kabinettsmitglieder und andere hochrangige „senior officials“ an Treffen teilgenommen, bei denen der Einsatz aggressiver Verhörmethoden im Detail erörtert worden sei.

Die Obama-Administration hat in diesem Zusammenhang in ihrem ersten Amtsjahr 2009 mehrere als „streng geheim“ eingestufte Memoranden des Office of Legal Counsel des Justizministeriums aus den Jahren 2002 und 2005 veröffentlicht, die belegen, dass aggressive Verhörmethoden diskutiert und definiert wurden (vgl. Congress Report, 24, 2009, Heft 3-4, S. 8-10). Zu diesen Verhörmethoden zählten „dietary manipulation, nudity, attention grasp, walling, facial hold, facial slap or insult slap, abdominal slap, cramped confinement, wall standing, stress positions, water dousing, sleep deprivation (more than 48 hours), and the waterboard“.

Senator Jay Rockefeller (D-West Virginia), der 2007/2008 Vorsitzender des Geheimdienstsausschusses im Senat war, und die Untersuchung des CIA *Interrogation and Detention Program* angestoßen hatte, bezeichnete die Untersuchung des SSCI als „most in-depth and substantive oversight initiative the Committee has ever undertaken“. Die

Einschätzungen von Senator Rockefeller können eingesehen werden unter <http://www.intelligence.senate.gov/study2014/sscistudy2.pdf>.

Die republikanische Minderheit des Geheimdienstausschusses im Senat sieht mit Ausnahme von Senator John McCain (R-Arizona) den Untersuchungsbericht insgesamt anders. Die Positionen können im Einzelnen nachverfolgt werden unter <http://www.intelligence.senate.gov/study2014/sscistudy3.pdf>. Senator Saxby Chambliss (R-Georgia) bezeichnete die „Studie der Demokraten“ als „an ideologically motivated and distorted recounting of historical events“. In dieselbe Richtung äußerte sich Senator Marco Rubio, der davon sprach, dass der Untersuchungsbericht weder „seriös noch konstruktiv“ sei.

Der ehemalige Vizepräsident Dick Cheney bezeichnete den Untersuchungsbericht des Geheimdienstausschusses des Senats in einem Interview mit *Fox News* als „full of crap“ und „deeply flawed“. Die aggressiven Verhörmethoden seien gerechtfertigt gewesen und jene Aussage, dass die CIA sich nicht im rechtlichen Rahmen bewegt habe („operating on a rogue basis“), sei eine glatte Lüge. „It’s a classic example of where politicians get together and throw professionals under the bus“, so Cheney. Das entspricht der Position, die George W. Bushs Vizepräsident auch schon 2009 eingenommen hatte, als er Präsident Obama vorgeworfen hatte, dieser versuche die Vorgängerregierung zu kriminalisieren. Obama hatte in seinem ersten Amtsjahr öffentlich kritisiert, dass die USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus „vom Kurs abgekommen“ seien, und von der falschen Wahl zwischen der Sicherheit und den Idealen der USA gesprochen.

Cheney unterstrich in seiner Kritik am Untersuchungsbericht des Geheimdienstausschusses im Senat noch eines: Präsident George W. Bush sei im Hinblick auf das *Interrogation and Detention Program* nicht im Dunkeln gelassen worden. „He was in fact an integral part of the program. He had to approve it before we moved forward with it“, erklärte Cheney und fügte weiter hinzu: „He knew everything he needed to know and wanted to know about the program.“

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage nach den politischen, verfassungsrechtlichen und strafrechtlichen Verantwortlichkeiten. Die USA haben das „Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche Behandlung“ unterzeichnet und ratifiziert. Auch der „War Crimes Act“ sowie der „Army Field Manual“, die Folter als Straftat sanktionieren, können Anwendung finden,.

Insgesamt kann die Veröffentlichung des Untersuchungsberichts zum CIA *Interrogation and Detention Program* als Triumph der Demokratie und Rückkehr zur verfassungsgemäßen demokratischen Selbstkontrolle gewertet werden, die nach dem 11. September Schaden genommen hat.

Es bleibt abzuwarten, wie die Debatte in den USA fortgesetzt wird. Senator Rockefeller hat darauf hingewiesen, dass die Obama-Administration dem Geheimdienstauss-



schuss des Senats noch mehr als 9000 Dokumente zum CIA *Interrogation and De-tention Program* vorenthält. Es bleibt auch abzuwarten, ob CIA-Direktor John Brennan oder einer seiner Vorgänger im Amt die politische Verantwortung für die offensichtlichen Defizite seiner Behörde im Umgang mit den *Detainees* übernimmt. Aus einer deutschen und europäischen Perspektive bleibt schließlich auch abzuwarten, ob die an den geheimen Verhörprogrammen beteiligten Staaten zu einer Aufarbeitung des Gesamtkomplexes mit jener Entschlossenheit bereit sind, wie sie Senatorin Dianne Feinstein und Senator Jay Rockefeller an den Tag gelegt haben.

## 7. Republikaner bauen Mehrheit im Repräsentantenhaus aus

Im Repräsentantenhaus haben die Republikaner in den *Midterm Elections* am 4. November 2014 wie erwartet ihre Mehrheit verteidigt und sogar noch ausgebaut (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 8-10, S. 15-19). Für John Boehner (R-Ohio), den *Speaker* des Repräsentantenhauses, der in seiner Führungsposition bestätigt wurde (vgl. Punkt 10), bedeutet der Zugewinn eine Stärkung seiner Position gegenüber Kritikern in den eigenen Reihen vor allem mit Verbindungen zur *Tea Party*-Bewegung, die mit seinem Kurs gegenüber Präsident Obama und den Demokraten oftmals nicht einverstanden sind. „On a given day“, so Boehner kürzlich, „16 of my members decide they are going to go this way, and all of a sudden I have nothing“. Boehner sprach in diesem Zusammenhang von einigen „Knuckleheads in my conference“.

<b>Sitzverteilung im Repräsentantenhaus</b> Ende des 113./Beginn des 114. Kongress		
	113. Congress*	114. Congress**
Republikaner	234	247
Demokraten	201	188

\* Representatives Alma Adams (North Carolina), Dave Brat (R-Virginia) and Donald Norcross (New Jersey) were sworn in Nov. 12, 2014.

\*\*Ergebnis vorbehaltlich eines „Votes Recount“ in Arizonas 2. Wahlbezirk (Martha McSally (R) gegen Ron Barber (D)).

Wer nun allerdings davon ausgeht, dass die Tendenz zur Polarisierung und Konfrontation gegenüber Präsident Obama in der 114. Legislaturperiode im Repräsentantenhaus abnimmt, dürfte schnell eines Besseren belehrt werden (vgl. auch Congress Report, 29, 2014, Heft 1-3, S. 19 ff.). Mit Blick auf die Wahlen im Jahr 2016, bei denen es auch um die Nachfolge Präsident Obamas im Weißen Haus geht, dürften die Republikaner im Repräsentantenhaus ihren Kurs der Abgrenzung auch auf Druck der konservativen Parteibasis verschärfen.

Allerdings dürfte ihnen auch klar sein, dass sie damit ein riskantes politisches Manöver gegenüber dem *Lame Duck President* eingehen, der nichts unversucht lassen dürfte, die republikanischen Mehrheiten als *Do-Nothing Congress* zu etikettieren, dem es nur darum geht, die eigenen parteipolitischen Zielsetzungen und nicht das Wohl des ganzen Landes zu befördern.

Wie schwierig die Positionierung der republikanischen Fraktionsführung im Repräsentantenhaus zwischen konservativer Basis und Mehrheitspräferenzen des Demos sein dürfte, könnte sich am Umgang mit der Einwanderungspolitik zeigen (vgl. Punkt 1), wo die Parteibasis auf eine harte Haltung gegenüber den illegalen Einwanderern drängt. Damit läuft sie allerdings Gefahr, breitere Wählerschichten zu entfremden, deren Unterstützung wiederum von großer Bedeutung für die Rückeroberung des Weißen Hauses im Jahr 2016 ist.

Hinzu kommt, dass die Republikaner zwar die Mehrheit im Senat zurückgewonnen haben (vgl. Punkt 8), dort aber über keine *Supermajority* verfügen, so dass ihre konservative Agenda durchaus im Wege des *Filibuster* durch die Demokraten blockiert werden könnte.

*Speaker* Boehner hat nach dem eindrucksvollen Wahlsieg der Republikaner im Repräsentantenhaus eine „realistische Strategie“ im Umgang mit Präsident Obama, den Demokraten und deren Agenda angekündigt. Ob ihm dies angesichts des Drucks der Parteirechten in seiner Fraktion allerdings gelingen wird, bleibt abzuwarten.

## 8. Republikaner gewinnen klare Mehrheit in Senatswahlen

Den Republikanern ist es in den Zwischenwahlen zum Senat Anfang November 2014 gelungen, die Mehrheit im Senat zurückzuerobern. Die Republikaner hatten die Mehrheit 2006 an die Demokraten verloren.

Sitzverteilung im Senat		
Ende des 113./Beginn des 114. Kongress		
	113. Kongress	114. Kongress
Demokraten	53	44
Republikaner	45	54
Parteilose*	2	2

\* Die parteilosen Senatoren Angus King (Maine) und Bernie Sanders (Vermont) haben sich der demokratischen Senatsfraktion angeschlossen.

Bereits vor den Wahlen hatten Beobachter mit der Möglichkeit einer republikanischen Mehrheit im Senat gerechnet (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 8-10, S. 15).

In den zehn Staaten, die im Vorfeld der Wahlen als umkämpft eingestuft worden waren, nämlich Alaska, Arkansas, Colorado, Georgia, Iowa, Kansas, Kentucky, Louisiana, New Hampshire und North Carolina, setzten sich die republikanischen Kandidaten (mit nur einer Ausnahme) durch.

In New Hampshire verhinderte die demokratische Kandidatin Jeanne Shaheen mit ihrem Sieg über ihren Herausforderer, Scott Brown, einen vollständigen Durchmarsch der Republikaner. Denkbar knapp, mit 49 Prozent, behauptete sich zudem Senator Mark Warner in Virginia.

Während die meisten der genannten Staaten im Süden der USA als schwieriges Terrain für die Demokraten gelten, zeigen die Erfolge von Joni Ernst in Iowa und Cory Gardner in Colorado, dass die republikanische Siegesserie eine nationale Dimension hat.

Das Kalkül der Republikaner, mit einem vorsichtigen und disziplinierten Auftreten, das darauf abzielte von den Schwächen der „Regierungspartei“ Präsident Obamas zu profitieren, ging weitgehend auf. Die Nominierung von politisch zu extremen Kandidaten, die mit rhetorischen Ausrutschern 2012 die Republikanische Partei eine Reihe von Sitzen gekostet hatten, wurde 2014 vermieden.

Dagegen erwies sich die Strategie der Demokraten, auf Distanz zu Präsident Obama zu gehen und mit Themen wie Mindestlohn und Frauengleichstellung zu punkten, als Fehlschlag.

Es ist zwar nicht von der Hand zu weisen, dass die Zustimmung zur Amtsführung von Präsident Obama stark gelitten hat und der Unmut der Bevölkerung über die nur schleppende Erholung der US-Wirtschaft vor allem der demokratischen Administration angelastet wird. Doch auch ohne das politische Zugferd Obama gelang es den Demokraten nicht, ihre Anhänger zu mobilisieren.

Die Wahlbeteiligung sank 2014 auf unter 37 Prozent. Sie lag damit fast 4 Prozent unter der Beteiligung von 2010 und erreichte den tiefsten Punkt seit 1940.

Der überzeugende Wahlsieg der Republikaner ist vor diesem Hintergrund mit einem Vorbehalt zu versehen. Mitch McConnell, der designierte *Majority Leader* im neuen Senat (siehe Punkt 10), hat in einer überraschend nüchternen und vorsichtigen Ansprache am Wahlabend zu erkennen gegeben, dass er das Blatt nicht überreizen will.

McConnell betonte, mit Blick auf die generelle Politik- und Parteiverdrossenheit breiter Teile der Wählerschaft, dass er den Sieg nicht als Auftrag zu einer verstärkten Kon-

frontation mit Präsident Obama, sondern zu einer Kooperation auf gleicher Augenhöhe interpretiert.

Das erklärte Ziel der Republikaner unter Führung von McConnell und *Speaker* John Boehner (Ohio) ist es, eine Eskalation politischer Konflikte zu vermeiden und mit positiver Gesetzgebungsarbeit die Demokraten in die Defensive zu drängen.

Allerdings sind dabei die Demokraten nicht die einzigen Gegenspieler McConnells. Mit ihrer starken Minderheit im Senat können die Demokraten immer auf Zugeständnisse drängen und machen das Veto-Recht des Präsidenten zu einem starken Instrument.

Kaum berechenbar ist im Vergleich hierzu die Rolle des rechten Flügels der Republikaner in beiden Kammern. Die Vertreter der *Tea Party*-Bewegung wie Senator Ted Cruz (Texas) und ihre konservativen Sympathisanten drängen unverändert auf eine harte Auseinandersetzung mit Präsident Obama und schnelle, vorzeigbare Erfolge.

## 9. Republikaner glänzen in Gouverneurswahlen

Während die Republikaner in den Kongresswahlen vor allem mit dem Mehrheitswechsel im Senat große Erfolge feiern können, haben die Gouverneurskandidaten mit einer langen Liste von Siegen die nationale Stärke ihrer Partei auf der Ebene der Einzelstaaten eindrucksvoll demonstriert.

Während in den Senatswahlen die Zahl der zu verteidigenden Sitze und die politische Ausrichtung die Demokraten benachteiligten, schien die Ausgangskonstellation für die Entscheidungen über die Gouverneursämter weit weniger günstig für die Republikaner.

In den *Midterm Elections* 2014 stand die Neubesetzung des Gouverneurspostens in insgesamt 36 Staaten an. Die Republikaner hatten hiervon bisher 22 Ämter gehalten, die Demokraten 14.

Den Republikanern gelang es nicht nur fast alle Positionen zu halten, sondern netto auch noch zwei, vielleicht sogar drei Gouverneursposten hinzuzugewinnen.

Während in zahlreichen Staaten, die in der Regel die Republikaner oder die Demokraten bevorteilen, die Entscheidungen vorhersehbar waren, gab es eine Reihe von klaren Überraschungen.

In Massachusetts gewann der Republikaner Charlie Baker mit 48,4 Prozent gegen die bekannte Demokratin Martha Coakley mit 46,5 Prozent. Kaum weniger herb war die

Niederlage des Demokraten Anthony G. Brown mit 47 Prozent in *Maryland* gegen den Republikaner Larry Hogan 51,5 Prozent.

Die geringe Wahlbeteiligung und die geringe Mobilisierung der demokratischen Stammwählerschaft machte es den Republikanern nachgerade leicht, ihre volle Stärke zu entfalten.

Nur in *Pennsylvania* konnte der Demokrat Tom Wolf mit 55 Prozent der Stimmen gegen den amtierenden republikanischen Gouverneur Tom Corbett mit 45 Prozent einen mehr als eindrucksvollen Sieg und einen Achtungserfolg für die Demokraten erzielen.

Von Bedeutung ist über das parteipolitische Kräfteressen in den Einzelstaaten hinaus, dass sich eine Reihe von möglichen republikanischen Bewerbern um die Präsidentschaft in den Gouverneurswahlen behaupten konnten.

Insbesondere John Kasich überzeugte in Ohio mit einem glänzenden Sieg mit knapp 64 Prozent der Stimmen. In Wisconsin behauptete sich der umstrittene Gouverneur Scott Walker relativ problemlos mit über 52 Prozent der Stimmen. Walker ist einer der Hoffnungsträger konservativer Republikaner, der als Gouverneur auch unter den Anhängern der *Tea Party* Zustimmung findet.

Unbeschadet der möglichen Karriereentscheidungen einzelner republikanische Gouverneure sichert der Erfolg auf breiter Linie der Partei vor allem eine anhaltend starke Position in den Einzelstaaten und eine erstaunlich lange Bank von Nachwuchstalenten.

## **10. Fraktionen beider Parteien bestätigen Führungsspitzen**

Nach den Kongresswahlen Anfang November 2014 haben die republikanischen und demokratischen Fraktionen beider Kammern ihre Führungsmannschaften bestimmt. *Speaker* John Boehner (R-Ohio), Nancy Pelosi (D-California), Mitch McConnell (R-Kentucky) und Harry Reid (D-Nevada) werden auch im 114. Kongress ihre Fraktionen führen.

Nach dem mehr als guten Abschneiden der Republikaner in den Wahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat galt vor allem die Bestätigung von *Speaker* Boehner und von *Majority Leader* Mitch McConnell im Senat als sicher (siehe Punkte 7 und 8). Der klare Wahlsieg ließ die kritischen Stimmen vom rechten Rand der Partei und aus dem Umfeld der *Tea Party*, die Boehner und McConnell eine zu weiche Haltung gegenüber Präsident Obama vorwerfen, weitgehend verstummen.

Im Repräsentantenhaus werden *Speaker* Boehner als *Majority Leader* Kevin McCarthy (R-California) und als *Majority Whip*, Steve Scalise (R-Louisiana) zur Seite stehen.

Im Senat assistieren Mitch McConnell als *Majority Whip* John Cornyn (Texas) und als *Conference Chair* John Thune (South Dakota). Cornyn und Thune sind wie McConnell bekannte und verlässliche Führungsfiguren.

Auf der Seite der Demokraten wurde nach der herben Wahlniederlage die Kritik an der bisherigen Führung sehr viel lauter vorgetragen. Nancy Pelosi und Harry Reid wird gleichermaßen vorgeworfen, dass eine zu große Nähe zu Präsident Obama und eine falsche Wahlkampfstrategie zu der Niederlage beigetragen haben. Der verbreitete Unmut in den beiden demokratischen Fraktionen blieb allerdings ohne Folgen für die Führungsspitzen.

Im Repräsentantenhaus unterstützen *Minority Leader* Nancy Pelosi als *Minority Whip* Steny H. Hoyer (Maryland) und als *Caucus Chair* Xavier Becerra (California), die beide im Amt bestätigt wurden.

Im Senat wird Harry Reid neuer *Minority Leader*. Flankiert wird Reid durch Richard Durbin (Illinois) als *Assistant Leader*. Das einzig sichtbare Zugeständnis an die Kritiker vor allem von linken Flügel der Partei war die Ernennung von Elizabeth Warren (Massachusetts) als *Policy Advisor* für die Fraktion, eine neu geschaffene Position.

Die erstaunliche Stabilität in den Führungsspitzen in beiden Parteien und Kammern verspricht Kontinuität und Professionalität. Allerdings wirkt sie angesichts der fest eingefahren Fronten der politischen Auseinandersetzungen und dem wachsenden Unmut auf den Außenflügeln der Fraktionen bemerkenswert unflexibel und wenig kreativ.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion  
Dr. Söhnke Schreyer  
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat  
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck  
Technische Universität Kaiserslautern  
Postfach 3049  
D-67653 Kaiserslautern

<http://www.uni-kl.de/politik/>